

Wirtschaftspolitische Fehlurteile – Ein Diskussionsimpuls

Joachim Güntzel

DAS PROBLEM

In der deutschen Reformdiskussion der vergangenen Jahre hat sich die Gewohnheit breitgemacht, den Blick auf strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft einzuengen. Dieser Beitrag, der sich als Diskussionsanreiz versteht, skizziert die Gefahren einer solchen wirtschaftspolitischen Einäugigkeit.

Inbesondere werden sechs Punkte angesprochen, die nach Einschätzung des Verfassers gängige Fehlurteile darstellen. Ein starres Festhalten an diesen Positionen – deren monotones Wiederholen an anderer Stelle vom Verfasser als „Papageien-Ökonomik“ bezeichnet wurde¹ – beschneidet die Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik unnötigerweise und birgt darüber hinaus das Risiko, durch die eingangs angesprochene Fixierung auf Strukturprobleme letztlich neue Probleme heraufzubeschwören.

ERSTER FEHLER: KONJUNKTUR- PROBLEME MIT STRUKTUR- REFORMEN BEKÄMPFEN

Wir erleben gegenwärtig einen Wettstreit der Reformvorschläge und -diskussionen, der die betroffenen Bürger zunehmend verunsichert und sie daran hindert, langfristige Entscheidungen zu treffen. Von „stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen“, die doch – auch nach den Bekundungen der Politik – so wichtig sind, entfernen wir uns auf diese Weise mehr und mehr.

Die manchmal schon als zwanghaft erscheinende Fixierung auf die strukturelle Sicht der Dinge ist bedenklich. Zwar hält die Mehrzahl der deutschen Ökonomen strukturelle Probleme im Vergleich zu konjunkturellen für bedeutsamer. Doch das

Phänomen der Konjunktur ist so lebendig wie eh und je. Wir sollten es daher weder übersehen noch unterschätzen. Konjunkturprobleme sind mit konjunkturellen Maßnahmen anzugehen, nicht mit strukturellen. Dem widerspricht auch nicht, dass konjunkturellen Maßnahmen häufig lediglich eine kurze Wirkung zugeschrieben wird. So soll es ja auch sein! Da die Konjunktur selbst ein kurz- bis mittelfristiges Phänomen ist, müssen sich auch konjunkturpolitische Maßnahmen auf einen solchen Zeitraum erstrecken. Es macht keinen Sinn, Strukturreformen mit konjunkturpolitischen Zielsetzungen zu verquicken; insbesondere ist es kontraproduktiv, Strukturreformen immer dann anzugehen, wenn die Konjunktur lahmst. Man läuft Gefahr, konjunkturelle Probleme dadurch noch zu verschärfen, da tief greifende Einschnitte in Strukturen, an die man sich gewöhnt hat (und auf die man glaubte, sich verlassen zu dürfen), in aller Regel zu Verunsicherung und Zurückhaltung bei Kaufentscheidungen führen. Dies ist ein legitimes und nur zu verständliches Verhalten von Menschen, die – bei allen Appellen an Flexibilität und „Opferbereitschaft“ – zuallererst an Stabilität und Verlässlichkeit ihrer persönlichen Lebensumstände und Planungsgrundlagen interessiert sind. Darin fehlenden Reformwillen zu sehen, wäre fatal. Aus der Tatsache, dass die konjunkturpolitische Philosophie der 1970er Jahre weitgehend aufgegeben wurde, darf man nicht folgern, dass seither die Konjunktur selbst keiner Beachtung mehr bedürfe, dass man sie einfach laufen lassen könne. Trennen wir doch pragmatisch die verschiedenen ökonomischen Ebenen: Strukturreformen sind auf sehr lange Zeiträume angelegte Projekte, die auch nur langfristige Wirksamkeit entfalten können. Konjunkturerbrüche verlangen dagegen nach

kurz- bis mittelfristig wirkenden Maßnahmen. Wir sollten uns nicht dadurch selbst im Wege stehen, dass wir auf der Suche nach irgendwelchen idealen „Endzuständen“, in denen alle unsere strukturellen Probleme gelöst sind (wie sollte ein solcher Zustand überhaupt aussehen?), eine adäquate Reaktion auf kurz- bis mittelfristig auftretende Probleme versäumen.

ZWEITER FEHLER: IGNORANZ DER NACHFRAGESEITE

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist immer gegenwärtig und spielt ihre Rolle bei der Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Diese eigentlich elementare Selbstverständlichkeit scheint insbesondere hierzulande manchmal in Vergessenheit zu geraten oder verdrängt zu werden. Allerdings entlarvt sich diese Verdrängung immer wieder aufs Neue selbst, wenn wir ängstlich auf die Entwicklung der deutschen Exporte schauen. Wir freuen uns, wenn wir wieder einmal Exportweltmeister geworden sind und fragen uns, ob

¹ Güntzel, J. (2005): Papageien-Ökonomik, in: *Financial Times Deutschland*, 28.12., S. 26.

Joachim Güntzel, Prof. Dr., Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Studienganges Industrie 2 an der Berufsakademie Ravensburg. Arbeitsschwerpunkte: Transaktionskostenökonomik; Globalisierung und Rolle des Staates; Paradoxa in der ökonomischen Theorie. e-mail: guentzel@ba-ravensburg.de

der hohe Außenwert des Euro negative Auswirkungen auf unseren Außenhandel haben wird. Auch die Konjunkturlage im Rest der Welt – natürlich besonders in den USA – ist stets Gegenstand unserer Sorge. Nicht zuletzt beurteilen wir auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung unter anderem aus dem Blickwinkel zusätzlicher Exportchancen für unsere Wirtschaft; auch hierbei geht es ganz selbstverständlich um Nachfragewirkungen. Doch sobald die Nachfrage innerhalb unseres Landes betroffen ist (die immerhin rund zwei Drittel ausmacht): Fehlanzeige. Hier gilt als ausgemacht, dass man sie nicht beeinflussen kann oder darf und dass allein die Konzentration auf angebotsseitige Bedingungen und strukturelle Probleme segenreich sei – auch wenn die Nachfrage dabei negativ berührt wird. In gewissem Sinne kann man in dieser Haltung ein sogenanntes Freifahrerverhalten sehen: Man möchte von der Weltkonjunktur profitieren, ohne ihr umgekehrt etwas zurückzugeben in Form von höherer Nachfrage im Inland (die auch unseren Handelspartnern zugute käme), ganz abgesehen davon, dass wir mit dieser Vernachlässigung der Inlandsnachfrage unsere eigene wirtschaftliche Situation verschlechtern.

DRITTER FEHLER: BEDINGUNGSLOSE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Eine Politik der bedingungslosen Haushaltskonsolidierung, die sich noch dazu an einer einigermaßen willkürlichen Prozentzahl (dem 3 %-Kriterium von Maastricht) orientiert, droht andere Stabilitätsziele (insbesondere das Beschäftigungsziel) zu untergraben, da in einer Situation rückläufiger Nachfrage und Konjunktur zusätzliches Sparen den Abwärtstrend noch verstärkt.

Was geschieht bei der sogenannten Staatsverschuldung? Der Staat finanziert einen Teil seiner Ausgaben über Kredite. Machen wir ein einfaches Gedankenexperiment: Ein Finanzminister, der eine Finanzierungslücke von 10 % seines Staatshaushaltes schließen muss, steht, wenn er nicht diese 10 % seiner Ausgaben streichen will (mit entsprechenden negativen Nachfragewirkungen), im Prinzip vor zwei Alternativen: Er kann Kredite aufnehmen, und sich damit den Ruf des Schuldenmachers zuziehen, oder seinen Bürgern höhere Steuern abverlangen und seinen Haushalt damit „sanieren“. Im ersten Fall leihen

ihm diejenigen Bürger, die sich das leisten können, freiwillig (!) Geld gegen Zahlung eines Zinses. Es wird keinerlei Zwang ausgeübt, kein Bürger hat weniger Geld in seiner Kasse. Trotzdem haben alle durch das Gerede von „Schuldenmacherei“ und „Pro-Kopf-Verschuldung“ das Gefühl, sie stünden schlechter da als zuvor und seien kurz vor dem kollektiven Ruin. Im zweiten Fall, der Steuererhöhung, verlangt der Finanzminister allen Bürgern zwangsweise (!) mehr Geld ab, stellt sie damit finanziell schlechter und beschneidet ihre Möglichkeiten, über ihr Geld nach ihren Wünschen zu verfügen. Nun allerdings lesen wir in der Zeitung, der Finanzminister betreibe eine solide Finanzpolitik, habe seinen Haushalt auf stabile Füße gestellt und damit die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen. Die Bürger merken davon allerdings nichts, sie haben weniger Geld in der Kasse und schränken ihren Konsum ein, wenn sie dafür überhaupt noch Spielraum haben.

Und was ist mit den zukünftigen Generationen, die diese „Schulden“ (die zu einem großen Teil nichts anderes darstellen als das Geldvermögen der Bürger, soweit es in Staatspapieren angelegt ist) doch offenbar zurückzahlen müssen? Nun, erstens ist es wesentlich leichter, staatliche Kredite aus zukünftigen Steuereinnahmen zu tilgen, wenn die Wirtschaft wächst, anstatt zu stagnieren – wozu die Kreditfinanzierung durch ihre positiven Nachfragewirkungen beiträgt. Zweitens profitieren kommende Generationen von den Investitionen, die heute mit Hilfe der Kreditaufnahme am Kapitalmarkt getätigt werden. Insofern ist es berechtigt, sie auch an der Finanzierung dieser Investitionen über spätere Steuerzahlungen zu beteiligen. Dies setzt allerdings voraus, dass Staatsverschuldung tatsächlich dazu dient, Investitionen zu finanzieren, und nicht zur Sanierung sozialer Sicherungssysteme verwendet wird. Doch auch hier gilt: Je stärker die Wirtschaft wächst, umso leichter fällt es, die Kreditaufnahme für investive Zwecke vorzubehalten. Umgekehrt verstärkt eine restriktive Sparpolitik der öffentlichen Haushalte ab einem gewissen Punkt rezessive Tendenzen mit dem Effekt, dass der Anteil der Sozialausgaben am Staatshaushalt notwendigerweise zunimmt. Wird darauf mit einem weiteren Sparprogramm reagiert, verstärkt dies wiederum die Abwärtsbewegung mit dem Ergebnis erneuter Sparzwänge usw. Der Anteil der Sozialausgaben

am Staatshaushalt nimmt also immer mehr zu, obwohl doch ein Sanierungsprogramm, eine Strukturreform nach der anderen eingeleitet wird.

Sind diese Argumente ein Blankoscheck zum grenzenlosen Schuldenmachen? Nein. Aber sie sollen zeigen, dass es notwendig ist, über staatliche Kreditaufnahmen wieder nüchterner zu reden und sie als legitimes mögliches Mittel der Finanzpolitik zu betrachten. Eine finanzpolitische Logik, deren Wortschatz sich im Wesentlichen auf drei Vokabeln reduziert – „sparen, sparen, sparen!“ – ist unter Wachstumsgesichtspunkten bedenklich.

VIERTER FEHLER: PREISSTABILITÄT ALS ALLEINIGER PRIMAT DER ZENTRALBANKPOLITIK

Auch eine Geldpolitik, die nur auf das eine Ziel der Preisniveaustabilität fixiert ist, verschenkt wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten und wird damit letzten Endes ihrer volkswirtschaftlichen Verantwortung nicht in vollem Umfang gerecht. Die Geldpolitik sollte mit dazu beitragen, dass das Produktionspotenzial möglichst weitgehend ausgeschöpft wird, soweit das ohne ernsthafte Gefährdung der Preisniveaustabilität möglich ist. Nicht ausgeschöpftes Produktionspotenzial bedeutet weniger Beschäftigung als möglich wäre, mehr Arbeitslosigkeit und staatliche Ausgaben zu deren Finanzierung, weniger Steuereinnahmen und weniger Einnahmen in den Sozialkassen, weniger Investitionstätigkeit, weniger gesamtwirtschaftliche Nachfrage; kurzum – eine gigantische Verschwendung von wirtschaftlicher Leistung.

Die Bundesbank war zu Recht stolz auf ihre Tradition der potenzialorientierten Geldmengensteuerung, die sie zum Jahreswechsel 1974/75 offiziell einführte. Die Sicherung der Preisniveaustabilität stand dabei stets im Vordergrund. Doch behielt sich die Bundesbank immer einen expliziten antizyklischen Spielraum vor, indem sie nach Berücksichtigung des prognostizierten volkswirtschaftlichen Potenzialwachstums, der trendmäßigen Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sowie einer unvermeidbaren Inflationsrate von in der Regel 2 % eine Abweichung von dem derart bestimmten Geldmengenziel um einen Prozentpunkt nach oben oder unten – je nach wirtschaftlicher Entwicklung – ermöglichte. Faktisch gab diese clevere Konstruktion der Bundesbank die Mög-

lichkeit, weitere stabilisierungspolitische Ziele in ihr geldpolitisches Handeln einzu- beziehen, ohne grundlegende Zweifel an ihrer strategischen Grundausrichtung auf- kommen zu lassen. Die aktuelle Strategie der Europäischen Zentralbank, die auf zwei Säulen beruht – einer „monetären“ und ei- ner „wirtschaftlichen“ Analyse – lässt eben- falls Spielräume erkennen, die sich für die Umsetzung eines umfassenderen stabi- litätspolitischen Verständnisses nutzen ließen. Wenn etwa im Jahresbericht 2003 zu lesen ist, dass im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Analyse der Notwen- digkeit Rechnung getragen wird, „die Art der konjunkturellen Schocks, ihren Ein- fluss auf die Kostenentwicklung und die Preisgestaltung sowie die kurz- bis mittel- fristigen Aussichten für die Auswirkungen solcher Schocks in der Volkswirtschaft fest- zustellen“,² so darf dies in Verbindung mit der Aussage, dass nicht nur Inflation, son- dern auch Deflation unerwünschte volks- wirtschaftliche Folgen hat, durchaus als Zeichen eines nicht auf Preisniveaustabi- lität allein eingeeengten Verständnisses von geldpolitischer Verantwortung gewertet werden. Darauf deutet im Übrigen auch die Definition der Preisniveaustabilität als ei- ner Inflationsrate von „nahe bei, aber unter zwei Prozent“ hin (EZB 2003, S. 16). Um Konflikte mit der Festlegung auf das Ziel der Preisniveaustabilität im Maastricht- Vertrag zu vermeiden, wäre unter Umstän- den auch denkbar, die Zielformulierung im Sinne eines mehrjährigen Durchschnitts- wertes, etwa über fünf Jahre hinweg, vor- zunehmen. Dies würde ebenfalls die fle- xible Reaktionsmöglichkeit der Geldpolitik erhöhen.

FÜNFTER FEHLER: DIE THESE VOM SCHWINDENDEN STAATSEINFLUSS

Der Staat, so viel Grund zur Klage über sein Handeln und das Verhalten seiner Reprä- sentanten wir von Fall zu Fall auch haben mögen, ist die einzige Institution, deren Handeln wir als Bürger durch eine direkte politische Willensäußerung – nämlich de- mokratische Wahlen – beeinflussen kön- nen. Sollten wir jemals dahin kommen, dass multinationale Unternehmen tatsäch- lich vermehrt genuin staatliche Aufgaben übernehmen, dann müssten wir darüber reden, wie wir den Vorstand und den Auf- sichtsrat namhafter Großkonzerne einem demokratischen Willensbildungsprozess unterziehen können.

Die Globalisierung wird nicht dazu führen, dass Staaten zur Bedeutungslosig- keit degenerieren, sondern im Gegenteil. In der aktuellen Diskussion in Amerika ist diese Erkenntnis schon länger viel präsen- ter als in unseren Gefilden. Nicht umsonst beschäftigt sich etwa das jüngste Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers *Francis Fukuyama* mit dem Thema „Staa- ten bauen“.³ Hierin wird argumentiert, dass viele der heute dringendsten Probleme ihre Ursache in schwachen Staaten haben. Wo staatliche Autorität ausgehöhlt wird und an deren Stelle die Willkür einzelner Machtcliquen tritt, da verkommt die Vor- stellung eines weltweiten marktwirtschaft- lichen Systems, das besser als alle anderen für eine Zunahme und Verbreitung von Wohlstand sorgen kann, zur naiven Illu- sion. Liberale Ökonomen neigen zu einer einfachen Zweiteilung im Denken: Hier das ökonomisch rational handelnde, seinen Nutzen maximierende Individuum; dort der schwerfällige, die marktwirtschaftliche Effizienz behindernde Staat, dessen stören- der Einfluss immer weiter zurückgedrängt werden muss. Übersehen wird hierbei, dass das eigennützige Handeln von Individuen keineswegs zwangsläufig zu einer Steige- rung des Gemeinwohls führen muss. Letzt- lich verlassen sich liberale Marktökono- men in diesem Punkt immer noch und im- mer wieder auf die berühmte „unsichtba- re“ Hand von *Adam Smith*. Doch diese Hand zittert gelegentlich, wie die umfang- reiche ökonomische Literatur über Markt- versagen und sogenannte externe Effekte belegt. In Zeiten, in denen die ökonomi- sche und soziale Stabilität ganzer Regionen von den dynamischen Marktkräften einer ungebändigten Globalisierung bedroht ist, sollte zudem folgende Frage erlaubt sein: Ist Dynamik immer höher zu bewerten als Stabilität? Märkte tendieren grundsätzlich zu Veränderung, zum Aufbrechen alter Strukturen und dynamischer Innovation. Seit *Schumpeter* im frühen zwanzigsten Jahrhundert seine „Theorie der wirtschaft- lichen Entwicklung“ vorlegte, wissen wir um die Rolle, die tatkräftige und risikobe- reite Pionierunternehmer hierbei spielen. Doch die Menschen haben zweifellos auch ein Grundbedürfnis nach Stabilität und Si- cherheit, insbesondere was die Sicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse und ein gewisses Maß an sozialem Frieden be- trifft. Dieses Interesse ist mindestens eben- so legitim wie das Interesse eines Unter- nehmers an der Maximierung seines Pro-

fits oder das Interesse eines Aktionärs an einer steigenden Dividende.

Wir brauchen keine endlosen Grund- satzdiskussionen über weniger oder mehr Staat. Wir brauchen einen demokratisch legitimierte(n), handlungsfähigen und -wil- ligen Staat, der seine Handlungen mit an- deren Staaten und internationalen Organi- sationen abstimmt, um unleugbare Aus- wüchse einer ungehemmten und ungezü- gelten Globalisierung in zivilisierte Bahnen zu lenken. Nur so kann Wirtschaft letztlich funktionieren.

SECHSTER FEHLER: INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ALS SCHLÜSSEL ZU STEIGENDEM WOHLSTAND

Die Weltwirtschaft wird häufig wie ein ries- iger Markt gesehen, auf dem nicht nur Unternehmen, sondern auch ganze Volks- wirtschaften miteinander konkurrieren. Diese Sichtweise scheint auf den ersten Blick durchaus eine gewisse Plausibilität zu haben. Ist es nicht so, dass der Weltmarkt für Waren und Dienste zwischen den na- tionalen Volkswirtschaften aufgeteilt wird (ebenso wie etwa der Markt für koffeinhal- tige Erfrischungsgetränke zwischen Coca- Cola und Pepsi aufgeteilt wird) und dass ei- ne Volkswirtschaft nur dann prosperieren und steigenden Wohlstand für ihre Ein- wohner generieren kann, wenn sie sich ein möglichst großes Stück von diesem Welt- marktkuchen sichert?

Nun, die Gleichsetzung von Wettbe- werb zwischen Unternehmen und zwis- chen Volkswirtschaften hinkt mindestens an zwei Stellen, wie *Paul Krugman* darlegt.⁴ Zum einen können Unternehmen definitiv und endgültig Pleite gehen und aufhören, zu existieren. Eine Firma verkauft ihre Pro- dukte so gut wie ausschließlich an Abneh- mer außerhalb des Unternehmens, sie ist also nicht ihr eigener Absatzmarkt. Ist sie im Wettbewerb auf Dauer unterlegen, so kann sie ihre Arbeiter und ihre Kapitalge- ber nicht mehr bezahlen, meldet schließ- lich Konkurs an und verschwindet vom Markt. Volkswirtschaften können das

2 Europäische Zentralbank (EZB) (2003): Jahresbe- richt 2003, S. 19.

3 Fukuyama, F. (2004): Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin.

4 Krugman, P. (1996): Pop Economics, 2nd printing, Cambridge and London.

nicht. Sie können zwar unglücklich mit ihrer Situation sein und einen niedrigen Lebensstandard aufweisen; doch sie existieren weiter, auch wenn sie nach betrieblichen Kriterien eigentlich „am Ende“ sind. Faktisch existiert also keine absolute Grenzlinie nach unten. Wichtiger für den Wohlstand eines Landes als Wettbewerb ist die eigene Produktivität.

Der zweite Grund, warum das Konzept des Wettbewerbs zwischen Volkswirtschaften fraglich ist, liegt in der Natur des Wettbewerbs selbst. Wenn zwei Firmen miteinander konkurrieren, dann siegt die eine auf Kosten der anderen. Die Firma A verkauft ihre Produkte nur in verschwindend geringem Umfang an die eigenen Mitarbeiter oder an die der Konkurrentin B. Wenn A

erfolgreicher im Wettbewerb abschneidet, dann geschieht dies also auf Kosten der Firma B und ihrer Mitarbeiter. Anders bei Ländern: Der sogenannte „Konkurrent“ auf dem Weltmarkt ist zugleich auch ein wichtiger Abnehmer für die eigenen Produkte. Geht es der amerikanischen Volkswirtschaft besser, so steigt in den USA auch die Nachfrage nach europäischen bzw. deutschen Produkten. Ein steigender Wohlstand und wachsende Produktivität in einer anderen weltwirtschaftlichen Region müssen also nicht notwendigerweise mit unseren eigenen ökonomischen Zielen und Bedürfnissen konkurrieren. Entsprechend sollte mit der Vorstellung eines „Kopf-an-Kopf-Rennens“ zwischen den großen weltwirtschaftlichen Zentren – wie es etwa seit

Beginn der 1990er Jahre von *Lester C. Thurow* propagiert wurde – entschieden zurückhaltender umgegangen werden.

FAZIT

Kritisches Denken ist der natürliche Feind jeder Art von „Papageien-Ökonomik“. Wirtschaftspolitik ist auch im begonnenen einundzwanzigsten Jahrhundert nicht machtlos. Notwendig ist es allerdings, einengende Sichtweisen zu vermeiden und bei aller Konzentration auf Teilaspekte des Wirtschaftsprozesses – wie etwa Strukturprobleme – nicht auf Handlungsoptionen in anderen Bereichen zu verzichten.

WSI-Herbstforum 2006

60 Jahre WSI: Wirtschafts- und Sozialforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften

7. – 8. Dezember 2006 in Berlin

1926 gründeten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei und der Zentralverband der Konsumgenossenschaften die „Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik“. Dies war die Vorläuferorganisation des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI), das 1946 ins Leben gerufen wurde und 1972 zum Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) umbenannt wurde. In diesem Jahr wird das WSI, das seit 1995 zur Hans-Böckler-Stiftung gehört, 60 Jahre alt.

Programm:

Das WSI und die Gewerkschaften

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des ADGB bis zum WSI in der Hans-Böckler-Stiftung – Stationen und Funktionen eines gewerkschaftlichen Think-tanks

Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Universität Bochum

Referate und Diskussionen zu Themenfeldern der WSI-Forschung

- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Herausforderungen und Orientierungslinien
- Geschlechterpolitik in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit
- Tarifpolitik im Umbruch: Entwicklungslinien und Herausforderungen
- Podiumsdiskussion: Aufgaben eines arbeitnehmerorientierten Think-tanks

Anmeldung und Information:

Katharina Kruse, Hans-Böckler-Stiftung, e-mail: Katharina-Kruse@boeckler.de
Internet: www.wsi.de